

## MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

### 24. Ministerrat

#### 29. Juni 2022

1. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 15. Juni 2022, mit dem der Antrag Nr. 60 – „Lohndumping stoppen – Wiedereinführung des Kumulationsprinzips!“ der 7. Vollversammlung vom 24. Mai 2022 vorgelegt wird.
2. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 15. Juni 2022, mit dem der Antrag Nr. 36 – „Covid-19-Ungleichbehandlung von 3-fach Immunisierten“ der 7. Vollversammlung vom 24. Mai 2022 vorgelegt wird.
3. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 14. Juni 2022, mit dem der Antrag Nr. 15 – „Bezahlung von Flugtickets erst 7 Tage vor Reiseantritt“ der 7. Vollversammlung vom 24. Mai 2022 vorgelegt wird.
4. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 15. Juni 2022, mit dem acht Anträge der 7. Vollversammlung vom 24. Mai 2022 vorgelegt werden.
5. Schreiben des Bürgermeisters von Wels vom 8. Juni 2022, mit dem eine Resolution vom 7. Juni 2022 betreffend „Aussetzung der mit 1. Juli 2022 in Kraft tretenden CO2-Steuer“ vorgelegt wird.
6. E 252-NR/XXVII.GP vom 14. Juni 2022 betreffend „Verfahrenserleichterung bei erhöhter Familienbeihilfe für Menschen mit Behinderung“ (Wortlaut siehe Beilage).
7. E 255-NR/XXVII.GP vom 15. Juni 2022 betreffend „Einhaltung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in der Ukraine und individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit“ (Wortlaut siehe Beilage).

# **EntschlieÙung**

## **des Nationalrates vom 14. Juni 2022**

### **betreffend Verfahrenserleichterung bei erhöhter Familienbeihilfe für Menschen mit Behinderung**

Die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien, der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentinnenschutz sowie der Bundesminister für Finanzen werden ersucht, das Verfahren für die Zuerkennung der erhöhten Familienbeihilfe bei minderjährigen Antragsteller/innen, die zugleich auch bereits Passinhaber/innen sind, entsprechend zu vereinfachen und zu beschleunigen und in diesem Sinn dem Nationalrat einen Vorschlag zur Novellierung des Familienlastenausgleichsgesetzes vorzulegen.

# EntschlieÙung

## des Nationalrates vom 15. Juni 2022

### betreffend Einhaltung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in der Ukraine und individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit

Die Bundesregierung wird ersucht,

1. sich weiterhin im Rahmen der Europäischen Union, bilateral sowie in multilateralen Foren nachdrücklich für die Einhaltung und Durchsetzung der Normen des Völkerrechts, insbesondere des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, für eine unabhängige Aufklärung und Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht in der Ukraine sowie die Stärkung der internationalen Gerichtsbarkeit einzusetzen,
2. sich dabei insbesondere für die Einhaltung der völkerrechtlichen Verpflichtungen aufgrund der Genfer Abkommen und Zusatzprotokolle betreffend den Schutz der Zivilbevölkerung und die Behandlung Kriegsgefangener einzusetzen,
3. sich weiterhin für eine starke österreichische Beteiligung bei internationalen Organisationen und Gerichten, wie dem Internationalen Strafgerichtshof, sowie bei EU-Agenturen, Missionen und unabhängigen internationalen Untersuchungskommissionen einzusetzen und für eine weitere Vertiefung der engen Kooperation mit und zwischen diesen Institutionen einzutreten sowie
4. zusätzliche Schwerpunktschulungen im Bereich humanitäres Völkerrecht und Völkerstrafrecht für die entsprechenden nationalen Stellen zu ermöglichen.